

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Einführung . . . . .	1
A. Einheitsmystik und Organisationsrecht . . . . .	2
B. Gang der Darstellung . . . . .	6
Kapitel 1: Das verwaltungsgerichtliche Rechtsschutzsystem: in Differenz erwachsen, durch Gleichartigkeiten geprägt – als Einheit gefordert . . . . .	7
A. Die Genese der Verwaltungsgerichtsbarkeit als Entgegnung auf die Bedürfnisse der Zeit . . . . .	7
I. Marksteine in der Entwicklung einer ausdifferenzierten öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeit . . . . .	8
1. Die Anfänge der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Deutschland – Baden als Vorbild . . . . .	9
a) Heterogenität und Rivalitäten als Faktoren für die Herausbildung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	10
b) Liberalismus und Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	11
c) Die Entwicklung außerhalb Badens und das Wesen der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . . . .	13
2. Das Ende tradierter Kontrollmodelle . . . . .	16
3. Ausdifferenzierter Verwaltungsrechtsschutz: Realpolitische Konsolidierung und ideologisierte Marginalisierung . . . . .	19
a) Die Konsolidierungsphase . . . . .	20
b) Marginalisierung des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzsystems . . . . .	26
II. Rekonstruktion und Modifikation eines differenzierten verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzsystems . . . . .	31
III. Fazit . . . . .	37

<i>B. Formale Rationalität: Erklärungsmodell für die Gleichartigkeiten der verwaltungsgerichtlichen Prozessordnungen</i> . . . . .	38
I. FGO, SGG und VwGO im Vergleich . . . . .	41
1. Die Gesetzssystematik im Vergleich . . . . .	42
2. Prozessmaximen im Vergleich . . . . .	44
3. Verwaltungsgerichtliche Klagearten und Klagebefugnis im Vergleich . . . . .	48
4. Der vorläufige Rechtsschutz im Vergleich . . . . .	50
5. Rechtsmittel im Vergleich . . . . .	53
6. Zwischenfazit . . . . .	59
II. Die Erforschung gesetzgeberischer Vorstellungen . . . . .	60
1. Subjektiver oder objektiver Wille des Gesetzgebers . . . . .	62
2. Entscheidung zugunsten einer erkenntnisorientierten, wissenschaftlichen Analyse . . . . .	65
III. Formal-rationale Gesetzgebung . . . . .	68
1. Wissenschaftstheoretische Hintergründe formaler Rationalitätskriterien . . . . .	71
2. Systemgerechte Gesetzgebung als Kennzeichen eines formal-rational handelnden Gesetzgebers . . . . .	78
3. Gesetzeszielfestlegung und Regelungskonzeption als Vorstufen systemgerechter Gesetzgebung . . . . .	81
a) Die dienende Funktion des Prozessrechts als Gerechtigkeit forderndes Gesetzesziel . . . . .	81
aa) Versuch einer Skizzierung der Gerechtigkeit . . . . .	83
bb) Die Rolle des Verfahrens bei der Gerechtigkeitserzeugung . . . . .	85
b) Zwischenergebnis . . . . .	88
IV. FGO, SGG und VwGO – Formal-rationale Umsetzung eines gesetzgeberischen Gerechtigkeitskonzeptes . . . . .	88
1. Gesetzesfunktion und Regelungskonzept der verwaltungsgerichtlichen Prozessordnungen . . . . .	89
2. Die verwaltungsgerichtlichen Prozessordnungen als folgerichtige Konzeptverwirklichung . . . . .	90
V. Ergebnis . . . . .	92
<i>C. Vereinheitlichungen im Diskurs</i> . . . . .	93
I. Die Unterschiede zwischen Vereinheitlichung und Angleichung . . . . .	95
II. Vereinheitlichung – eine Forderung, viele Bezugsobjekte . . . . .	98
III. Die Vereinheitlichungsdiskurse im Detail . . . . .	100
1. Die „Zersplitterung des Rechts“ . . . . .	101
2. Die Anfänge . . . . .	104

a) Die Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Prozessordnungen . . . . .	105
aa) Vertreter der Rechtswissenschaft . . . . .	105
bb) Vertreter der Anwaltschaft . . . . .	119
cc) Vertreter der Richterschaft . . . . .	126
b) Die Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten . . . . .	134
aa) Vertreter der Rechtswissenschaft . . . . .	134
bb) Vertreter der Anwaltschaft . . . . .	138
cc) Vertreter der Richterschaft . . . . .	139
3. Die Renaissance . . . . .	144
a) Die Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten . . . . .	146
aa) Vertreter der Rechtswissenschaft . . . . .	146
bb) Vertreter der Anwaltschaft . . . . .	147
cc) Vertreter der Richterschaft . . . . .	148
b) Die Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Prozessordnungen . . . . .	151
4. Prozessuale und institutionelle Vereinheitlichungen im legislativen Diskurs . . . . .	152
5. Bewertung der Diskurse . . . . .	155

## Kapitel 2: Vereinheitlichungen im verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzsystem in verfassungsrechtlicher Perspektive . . . 159

<i>A. Die Vereinheitlichung der Verwaltungsprozessordnungen im Lichte der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG . . . . .</i>	160
I. Zum Verhältnis von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG und der Gesetzgebung . .	160
1. Die Vereinheitlichung der Prozessordnungen als Ausgestaltung von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG . . . . .	161
a) Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG zwischen Eingriff und Ausgestaltung? .	164
aa) Gedanken zur Eingriffsqualität legislativer Handlungen im Hinblick auf Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG . . . . .	165
(1) Erfordert Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG einen optimalen Rechtsschutz? . . . . .	166
(2) Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG und die Normbestandsschutzlehre	169
bb) Zwischenergebnis . . . . .	171
b) Der ausgestaltende Charakter einer Vereinheitlichung der Prozessordnungen . . . . .	171
2. Ergebnis . . . . .	173

II. Konturen einer Ausgestaltungsdogmatik . . . . .	174
1. Definition und Anwendungsbereich der Grundrechtsausgestaltung . . . . .	174
2. Kernbereich und „Entsprechungsprüfung“ als Grenzen der Grundrechtsausgestaltung . . . . .	176
a) Das „Kernbereichs- und Schalenmodell“ . . . . .	177
b) Zum Kontrollmaßstab der Ausgestaltung . . . . .	178
aa) Über- und Untermaßverbot als untaugliche Prüfungsmaßstäbe . . . . .	178
bb) Die Entsprechungsprüfung als Maßstab der Grundrechtsausgestaltung . . . . .	184
c) Zwischenergebnis . . . . .	186
III. Die Ausgestaltung von Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG und ihr Verhältnis zur Prozessrechtsvereinheitlichung . . . . .	188
1. Vereinheitlichung im Kernbereich der Rechtsschutzgarantie? . . . . .	189
2. Vereinheitlichung als Möglichkeit ausgewogenen Rechtsschutzes . . . . .	191
a) Zur Ausgewogenheit einer Zusammenführung der Prozessordnungen . . . . .	195
b) Zur Ausgewogenheit qualitativer Vereinheitlichungen . . . . .	196
aa) Zur Ausgewogenheit qualitativer Vereinheitlichungen: die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	196
bb) Zur Ausgewogenheit qualitativer Vereinheitlichungen: die verwaltungsprozessuale Subsidiaritätsklausel . . . . .	197
cc) Zur Ausgewogenheit qualitativer Vereinheitlichungen: das außergerichtliche Vorverfahren . . . . .	198
dd) Zur Ausgewogenheit qualitativer Vereinheitlichungen: die Widerklage . . . . .	199
ee) Zur Ausgewogenheit qualitativer Vereinheitlichungen: Klagerücknahme, Hauptsache-Erledigungserklärung und besondere Mitwirkungspflichten . . . . .	200
ff) Zur Ausgewogenheit qualitativer Vereinheitlichungen: der einstweilige Rechtsschutz . . . . .	201
gg) Zur Ausgewogenheit qualitativer Vereinheitlichungen: die Berufung . . . . .	203
3. Ergebnis . . . . .	205
<i>B. Die Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten</i> . . . . .	206
I. Das Gebot effektiven Rechtsschutzes, Art. 19 Abs. 4 S. 1 GG . . . . .	206
1. Institutionelle Vereinheitlichung und der Kernbereich der Rechtsschutzgarantie . . . . .	206

2. Institutionelle Vereinheitlichung als Möglichkeit ausgewogenen Rechtsschutzes . . . . .	207
II. Institutionelle Vereinheitlichung im Gesamtgefüge der Verfassung . .	209
1. Die Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten aus der Perspektive von Art. 95 Abs. 1 GG . . . . .	209
2. Die Vereinheitlichung der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten aus der Perspektive von Art. 97 GG . . . . .	212
C. Vereinheitlichungen im Horizont des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	214
I. Rechtsstaatlichkeit als Verfassungsprinzip . . . . .	215
II. Prozessuale und institutionelle Vereinheitlichungen im verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzsystem als Forderungen des Rechtsstaatsprinzips? . . . . .	221
1. Vereinheitlichungen und allgemeiner Justizgewährungsanspruch . . . . .	221
2. Gedanken zu einem rechtsstaatlichen Rationalisierungsgebot . . . . .	224
a) Verfassungstheorie als praktische Reserve . . . . .	225
b) Rationalität – ein vorrechtlicher Begriff . . . . .	230
D. Ergebnis . . . . .	236

### Kapitel 3: Verfassungstheoretische Überlegungen

#### zu institutionellen und prozessualen Vereinheitlichungen

im verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzsystem . . . . .	239
A. (Organisations-)Soziologie und Verfassungstheorie . . . . .	240
I. Soziologie und Recht . . . . .	240
II. Organisation als „Verbundbegriff“ . . . . .	243
III. Vorteile einer systemtheoretischen Betrachtung von Organisationen . . . . .	245
B. Die Gerichtsbarkeit als Organisation . . . . .	247
I. Das soziale System Organisation . . . . .	247
1. Organisationen als entscheidungsabhängige Systeme . . . . .	250
2. Organisationstheoretische Spezifika von Organisationen . . . . .	253
3. Zum Verhältnis von Organisation und Funktionssystem . . . . .	258
4. Fazit . . . . .	261
II. Gerichtsbarkeit und Prozessrecht im Horizont der systemtheoretischen Organisationstheorie . . . . .	262
1. Die Stellung der Gerichtsbarkeit im Funktionssystem Recht . . . . .	262
2. Die öffentlich-rechtliche(n) Fachgerichtsbarkeit(en) . . . . .	
als Organisation(en) . . . . .	268

3. Organisationstheoretische Spezifika der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten . . . . .	270
a) Prozessordnungen als Entscheidungsprogramme . . . . .	270
aa) Prozessrecht als strukturierender Maßstab gerichtlicher Entscheidungen . . . . .	271
bb) Zum Programmcharakter der Prozessordnungen . . . . .	274
(1) Funktionen der öffentlich-rechtlichen Fachgerichtsbarkeiten . . . . .	274
(2) Zwischenfazit: Prozessrecht als Spiegelbild gerichtlicher Funktionen . . . . .	278
cc) Prozessrecht: Selbstorganisation vs. legislative Steuerung	278
b) Personen, Kompetenzen und Kommunikationswege in der Organisation Gerichtsbarkeit . . . . .	280
<i>C. Rationale Ausgestaltung des verwaltungsgerichtlichen    Rechtsschutzsystems in organisationstheoretischer Perspektive . . .</i>	283
 Zusammenfassung . . . . .	289
 Literaturverzeichnis . . . . .	295
Sachverzeichnis . . . . .	329